



Aktueller Begriff

Minderheitsregierungen auf Länderebene in Deutschland seit 1990

Minderheitsregierungen können sich auf keine stabile, durch Koalitionsvertrag gesicherte parlamentarische Mehrheit im Parlament stützen. Für ihre Gesetzesvorhaben muss sich eine Minderheitsregierung entweder der Zustimmung wechselnder parlamentarischer Mehrheiten versichern, oder sie schließt eine Tolerierungsvereinbarung mit einer Fraktion, die sich nicht an der Regierung beteiligen, diese aber stützen möchte. Auch eine stillschweigende, nicht formalisierte Tolerierung ist möglich. In der Bundesrepublik Deutschland kamen seit 1990 Minderheitsregierungen auf Länderebene bisher selten vor. Die von der SPD geführten Minderheitsregierungen in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1994 bis 2002 waren bisher die einzigen Minderheitsregierungen, die jeweils eine ganze Legislaturperiode Bestand hatten und zu Beginn einer Wahlperiode gebildet worden waren.

Erfolge oder beabsichtigte Minderheitsregierungen auf Länderebene seit 1990

In **Berlin** brach am 15. November **1990** die nach der Abgeordnetenhauswahl vom 29. Januar 1989 (in West-Berlin) gebildete Koalition aus SPD und Alternative Liste Demokratie und Umweltschutz (AL) unter dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper (SPD) kurz vor den (Gesamtberliner) Abgeordnetenhauswahlen am 2. Dezember 1990 auseinander. Momper stand daraufhin bis zum 24. Januar 1991, als eine Koalition von CDU und SPD unter dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) ihr Amt antrat, für rund zwei Monate einem SPD-Minderheitssenat vor.

In **Brandenburg** zerbrach im März **1994** eine seit der Landtagswahl vom 14. Oktober 1990 bestehende Koalition aus SPD, FDP und Bündnis 90 („Ampelkoalition“) unter Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) durch den Austritt von Bündnis 90 aus der Landesregierung. Bis zur regulären Landtagswahl im September 1994 amtierte für rund sechs Monate eine aus SPD und FDP bestehende Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Stolpe, die von der PDS toleriert wurde. Sie wurde nach den Wahlen vom 11. September 1994, bei der die SPD die absolute Mehrheit der Mandate erreichte, von einer SPD-Alleinregierung unter Stolpe abgelöst.

Nach den vorgezogenen Landtagswahlen vom 26. Juni **1994** in **Sachsen-Anhalt**, bei der die CDU/FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Christoph Bergner (CDU) ihre Mehrheit verlor, kam es zur Bildung einer von der PDS tolerierten Minderheitsregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Ministerpräsident Höppner. Letzterer wurde am 21. Juli 1994 im dritten Wahlgang durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie mit Unterstützung einiger PDS-Abgeordneter zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Fast alle Gesetzentwürfe der rot-grünen Minderheitsregierung wurden während der Wahlperiode mit Unterstützung der PDS verabschie-

Nr. 50/10 (27. Juli 2010)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

det. Diese erste Minderheitsregierung unter Tolerierung der PDS auf Landesebene in Deutschland wird auch als „Magdeburger Modell“ bezeichnet. Infolge der Landtagswahl vom 26. April **1998**, bei der Bündnis 90/Die Grünen aus dem Landtag ausschieden, stand Ministerpräsident Höppner (SPD) – der vom Landtag mit den Stimmen der SPD und mehrheitlich von der PDS im ersten Wahlgang erneut zum Ministerpräsident gewählt wurde – einer von der PDS tolerierten Minderheitsregierung der SPD vor. Auch diese Minderheitsregierung hatte die gesamte Legislaturperiode Bestand. Nach der Landtagswahl vom 21. April 2002, bei der die SPD hohe Stimmenverluste erlitt, löste eine Landesregierung aus CDU und FDP unter Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) die SPD-Minderheitsregierung ab.

In **Berlin** kam es nach dem Bruch der Großen Koalition von CDU und SPD am 16. Juni 2001 zu einem erfolgreichen Misstrauensantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen – der von der PDS unterstützt wurde – gegen den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU). Er hatte seit 1991 einer Großen Koalition vorgestanden und war nach den Wahlen vom 10. Oktober 1999 erneut im Amt bestätigt worden. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Wowereit wurde am gleichen Tag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS zum neuen Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Er bildete für rund sechs Monate einen von der PDS tolerierten Minderheitssenat aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Nach den vorgezogenen Abgeordnetenhauswahlen vom 21. Oktober 2001 kam es im Januar 2002 zur Bildung einer Koalition aus SPD und PDS unter Wowereit, die über eine parlamentarische Mehrheit verfügte.

Bei der Landtagswahl in **Schleswig-Holstein** am 20. Februar **2005** verlor die rot-grüne Koalition von Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) ihre Mehrheit. Anfang März 2005 unterzeichneten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) eine Tolerierungsvereinbarung, die eine Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch den SSW vorsah. Dieses – zum Teil auch als „Dänen-Ampel“ bezeichnete – angestrebte Tolerierungsmodell scheiterte am 17. März 2005, als Heide Simonis in vier Wahlgängen die Mehrheit für eine Wiederwahl im Landtag verfehlte. Nach der gescheiterten Wahl von Simonis kam es zur Bildung einer Großen Koalition von CDU und SPD unter Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU).

In **Hessen** blieb nach der Landtagswahl vom 27. Januar **2008**, bei der die CDU ihre absolute Mehrheit einbüßte und Die Linke erstmals in den Landtag einzog, die Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch (CDU) gemäß der Verfassung des Landes Hessen geschäftsführend ohne parlamentarische Mehrheit im Amt. Die Bildung einer von der Linken tolerierten Minderheitsregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter der SPD-Fraktions- und Landesvorsitzenden Ypsilanti scheiterte Anfang November 2008 am Widerstand von vier SPD-Abgeordneten gegen die Wahl von Ypsilanti zur Ministerpräsidentin. Nach den vorgezogenen Landtagswahlen vom 18. Januar 2009 bildete Ministerpräsident Koch eine Regierung aus CDU und FDP.

Bei der Landtagswahl in **Nordrhein-Westfalen** am 9. Mai **2010** verlor die bisherige Landesregierung aus CDU und FDP unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ihre Mehrheit. Sie blieb zunächst geschäftsführend im Amt. Am 14. Juli 2010 wurde die bisherige SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende Hannelore Kraft im zweiten Wahlgang, bei der sich offensichtlich die Abgeordneten der Fraktion Die Linke der Stimme enthielten, mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Ministerpräsidentin einer rot-grünen Minderheitsregierung gewählt.

Quellen und Literatur:

- Woyke, Wichard; Andersen, Uwe; (2003.). Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- Decker, Frank (2004). Das parlamentarische System in den Ländern. Adäquate Regierungsform oder Auslaufmodell, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 50-51, S.3-9. <http://www.bpb.de/files/M854KJ.pdf> [Stand: 08.07.2010].